

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Stettiner 30 Pf.

Annahme von Inseraten Rossmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
 Gersmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
 Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
 furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

## Die Wollzoll-Agitation in Deutsch- land und Russland.

Obwohl die zollfreie Einfuhr für Rohwolle im russischen und österreichischen Handelsvertrage gebunden worden ist, hat die „Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages“ den von der pommerischen ökonomischen Gesellschaft gestellten Antrag, auf die Einführung eines Wollzolles hinzuwirken, angenommen. Man darf sicherlich gespannt sein zu erfahren, wie man diese Bestrebungen mit der von Deutschland in den beiden Handelsverträgen übernommenen Verpflichtung in Einklang bringen will. Daß die Anstifter der Bewegung mit dem sehr starken Interesse unserer hochentwickelten Wollwaren-Industrie (Deutschland hat im vorigen Jahre allein an roher Schafwolle für 235 Millionen Mark eingeführt) nicht viel Feibelens machen, darf kaum noch bezweifelt werden.

Es ist übrigens bemerkenswert, daß gleichzeitig in Ausland eine ruhige Agitation auf Erhöhung des bestehenden Wollzolles eingeleitet worden ist. Bekanntlich hatten die russischen Wollwarenfabrikanten, als die Zollverhandlungen mit Deutschland noch schwebten, vergeblich versucht, die Gewährung von Zugeständnissen auf dem Gebiete der Wollwaren zu verhindern. Neuerdings ist nun die Kaiserliche landwirtschaftliche Gesellschaft im Verein mit den Vertretern der dortigen Wollwarenfabriken bei dem russischen Ackerbauministerium dahin vorstellig geworden, erstens eine Erhöhung des Zolls für rohe gewaschene Schafwolle von zwei auf fünf Goldrubel (für das Pud) beizubehalten und zweitens Maßregeln zu treffen zu wollen, um die Einfuhr von Kunstwolle, Auswolle und ähnlichen Surrogaten mindestens stark zu erschweren. Zur Beurteilung dieser Eingabe hat der im russischen Ackerbauministerium mit dem Dezernat für die Schafzucht betraute Beamte (N. A. Armfeld) ein umfangreiches Gutachten erstattet, das der russische Finanzminister jetzt veröffentlicht hat.

Das Gutachten weist den Vorschlag einer Erhöhung des Zolls auf rohe Schafwolle mit Entschiedenheit zurück; befragt aber, um die Verbraucher von wollebenen Geweben gegen die überhandnehmenden Fälschungen zu schützen, nicht nur die Einfuhr von Woll-Surrogaten vollständig zu verhindern, sondern auch den zahlreichen russischen Fabriken, welche solche Surrogate herstellen, die Fortsetzung ihrer „parasitischen“ Tätigkeit ganz zu verbieten. Dadurch könne man erreichen, daß der Verbrauch an einheimischer Schafwolle sich um viele Hunderttausend Pud vergrößere.

Wenn der Sachverständige die vorgeschlagene Erhöhung des Wollzolles ablehnt, so läßt er sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten: Er glaubt, daß die Maßregel die Verbraucher belasten werde, ohne der Landwirtschaft zu helfen. Selbst wenn man den Wollzoll von 2 auf 5 Rubel steigern und dadurch eine Erhöhung des Wollepreises um 3 Goldrubel erreichen könnte, würde die Zucht von feinvolligen Schafen bei dem heutigen Stande der Landpreise nicht mehr lohnend sein. Je intensiver der landwirtschaftliche Betrieb werde, um so mehr müsse die Zucht von feinvolligen Schafen zurückgehen. Es sei unmöglich, auf diesem Gebiete mit Australien, Argentinien, dem Kaplande u. in erfolgreichen Wettbewerb zu treten.

Das Gutachten rüht den russischen Landwirtschaftern, sich mehr auf die Zucht von sogenannten Fleischschafen zu legen, um solche lebend oder ausgeschlachtet in die westeuropäischen Länder auszuführen. Aus dem umfangreichen Zahlenmaterial des Gutachtens heben wir hervor, daß die russische Einfuhr an feiner Schafwolle (roh und halbverarbeitet) im Jahre 1892 1 290 077 Pud betragen hat gegenüber einer Ausfuhr von nur 140 638 Pud. In den ersten elf Monaten 1893 ist die Einfuhr von solcher Wolle sogar auf 4 001 926 Pud gestiegen, während die Ausfuhr nur 98 000 Pud umfaßt hat.

(Wlad. Stg.)

## Deutschland.

Berlin, 17. April. Im Reichstag müssen in dieser Session unbedingt noch erledigt werden: Die Stempelsteuervorlage, die Gesetzentwürfe über die Verlängerung der Frist für den gewerblichen Fortbildungsunterricht, über den Reichswaldenfond, über die Warenbezeichnungen, über Viehschaden, über Briefkasten, ferner die drei noch rückständigen Wahlprüfungen (Wamhoff, von Polenz, Graf Wolff), die Interpellation über die Maßregeln zur Hebung der Landwirtschaft. Die Zolltarifvorlage, die doch allerlei Einzeluntersuchungen erfordert wird, kommt voraussichtlich nicht mehr zur Erledigung. Ein genauer Tag für den Schluß der Reichstagsession ist bei diesem immerhin noch ansehnlichen Arbeitspensum heute noch nicht anzugeben.

Das preussische Staatsschuldbuch ist auch in dem eben abgelaufenen Geschäftsjahre seitens der Leiter von Schuldverschreibungen der konsolidierten Staatsanleihen lebhaft in Anspruch genommen worden. Die Zahl der eingetragenen Konten betrug am 31. März 1892: 12 039 über 687 645 700 Mark Kapital, 1893: 14 295 Konten über 848 777 050 Mark Kapital, für die bis zum 31. März 1894 auf 15 897 über 949 412 450 Mark Kapital gestiegen.

Von den letztgenannten Konten entfallen 84.3 Prozent auf Kapitalien bis zu 50 000 Mark und 15.7 Prozent auf größere Kapitalanlagen. Für physische Personen waren am 31. März d. J. 10 594 Konten über 457 590 401 Mark, für juristische Personen 2599 über 312 969 000 Mark eingetragen. Die Zahl der Konten über beermundete oder in Pflegschaft stehende Personen ist im letzten Jahre von 946 auf 1022 gestiegen.

Von den Zinsen tießen sich die Empfangsberechtigten halbjährlich 8637 Pfennig von der Staatsschulden-Zinsgasse in Berlin durch Verbrief oder Postanweisung direkt zuwenden, 2173 Personen wurden durch Unterschrift auf Reichsbank-Girokonten berichtigt und 8096 Personen bei den mit der Auszahlung beauftragten königlichen Kassen abgehoben.

Von den Konteninhabern wohnen 13 545 in Preußen, 2161 in anderen Staaten Deutschlands, 147 in den übrigen Staaten Europas, 16 in Asien, 8 in Afrika und 20 in Amerika.

Das Staatsschuldbuch ist allen denjenigen Besitzern preussischer Konsole zu empfehlen, für

welche diese Papiere eine dauernde Anlage bilden, und welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden unbedingt sichern wollen, der ihnen, so lange ihr Recht von dem jeweiligen Besitze der Schuldverschreibungen und Zinscheine abhängig ist, durch Diebstahl, Verbrechen oder sonstiges Abhandenkommen dieser Effekten nicht selten entsteht.

Kaufende Verwaltungskosten werden von den Konteninhabern nicht erhoben. Für jede Einzahlung ist ein einmaliger Betrag von 25 Pfennig für jede angelegenen 1000 Mark des Kapitalbetrages, über welchen verfügt wird (mindestens 1 Mark), zu zahlen.

Wenn in der Verspätung der Vorlage wegen des Rhein-Dortmund-Kanals hier und da ein Zeichen dafür erblickt wird, daß die Regierung auf die Erledigung derselben in der laufenden Session verzichtet habe, so beruht eine solche Annahme auf keiner tatsächlichen Unterlage. Die Vorlegung verzögert sich lediglich deshalb, weil in letzter Stunde noch ein Teil der Begründung unklar war. Jetzt ist jedoch die Allerhöchste Ermächtigung zur Einbringung der Vorlage erteilt, denn, wie wir hören, hat der Kaiser den Entwurf in Benedikt unterzeichnet. Die Einbringung der Vorlage selbst darf also als unmittelbar bevorstehend angesehen werden. Auf die baldige Verabschiedung des Gesetzeswunsches ist nach wie vor zur Vermeidung der ohnehin schon so erheblichen Grundbesitzerkosten das entschiedenste Gewicht zu legen.

Ebenso anzutreffend wie die erwähnte Annahme tatsächlicher Natur, erscheint der Grund, welcher dafür angegeben wird: die Staatsregierung befürchte nach dem lebhaften Widerstand, welchen der Elbe-Drave-Kanal gefunden habe, jetzt mit ihrer Vorlage nicht durchzubringen. Ohne sich die Illusion zu machen, daß der genannte Kanal ohne merkwürdigen Widerstand durchgehen werde, muß man sich doch sagen, daß die Sachlage bei beiden Vorlagen eine ganz verschiedene ist. Vor allem kommt in Betracht, daß von den Zuschüssen für den Elbe-Drave-Kanal kein nennenswerter Ertrag zu erwarten ist, für den Rhein-Dortmund-Kanal aber die Verzinsung des Anlagekapitals zu dem landesüblichen Zinsfuß in Aussicht genommen werden darf, daß es sich mithin um eine produktive Anlage aus dem rein wirtschaftlichen Standpunkte aus handelt und somit die Voraussetzungen vorliegen, unter denen auch die Gegner des Elbe-Drave-Kanals neuen Kanalanlagen zustimmen zu können erklärten. Die Rentabilität der Anlage entfällt zugleich den weiteren Einwand, welcher von einem Teile der Vertreter sächsischer Wahlkreise dahin erhoben wird, daß es volkswirtschaftlich richtiger sei, die für den Kanal erforderlichen Millionen in Meliorationsbahnen für die verkehrsärmeren Landestheile anzulegen. Denn diese letztere Anlage würde eben eine staatswirtschaftlich nicht rentable sein und daher finanziell im Allgemeinen wie unter den besondern gegenwärtigen Finanzverhältnissen ganz anders zu beurteilen sein, als die Kanalvorlage.

Der Marburger Professor Ratorp, der auf eine schon sehr weit behebende Weise mit der Sozialdemokratie liebhaft, hat in einer von ihm jüngst veröffentlichten Erklärung den folgenden Grundgedanken ausgesprochen: „Eine Verpflichtung, Stützen „unserer“ (heutigen) Staats, „unserer“ (heutigen) Gesellschaft heranzuziehen, ist mir nicht auferlegt, und ich würde ein Amt, welches diese mit der Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung unvereinbare Verpflichtung einschloße, auch niemals übernehmen haben.“ Mit der Forderung „Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung“ wird zwar viel Unheil getrieben; allein unseres Wissens ist sie noch niemals von einem Hochschullehrer zu Gunsten der sozialdemokratischen Propaganda verworfen worden. Da Herr Ratorp bei seinem Amtsantritt die oben gelegneten, tatsächlich von jedem Mitgliede eines Lehrkörpers entschieden vorausgesetzte Verpflichtung nicht erkannt, so muß sie ihm jetzt klar gemacht werden. Paßt es dem Herrn dann nicht, seine Schüler zu Stützen der Monarchie und des Staates zu erziehen, dann mag er nur dem Verstande nach die Rücken kehren und seine „wissenschaftliche Forschung“ in wirtschaftlicher „Unabhängigkeit“ in die sozialdemokratischen Volksversammlungen verlegen.

Im Anschluß an die Meldung, daß der Staatssekretär Stephan die Veranstaltung von Sammlungen in Beamtenkreisen, um Vorgesetzten oder Kollegen bei Festlichkeiten Geschenke und Zuwendungen zu machen, verboten hat, ersucht die „Straß. Post“ das Kriegsministerium, dem gleichen Gegenstande ebenfalls seine Aufmerksamkeit zu widmen. Die „Straß. Post“ schreibt dazu: „Nichtswas wird vielleicht für solche Dinge so viel Geld ausgegeben, als im Offizierskorps, und es ist eine Tatsache, daß dergleichen Ausgaben von vielen Offizieren drückend empfunden werden, wenn auch selbstverständlich niemand dagegen vorgehen oder sich ausschließen kann. Auch der Beschaffung von kostspieligen Ausstattungsgegenständen, z. B. Silbergeräthen, könnte das Kriegsministerium einmal einen prüfenden Blick zuwenden. Niemand wird Einwendungen dagegen erheben, wenn reiche Regimenter sich ihr Kasino in einer Weise verschönern und ausstatten, die ihren Lebensbedingungen entspricht, vorausgesetzt, daß dabei eine gewisse anständige Grenze nicht überschritten wird. Der junge Offizier, auch der reiche, soll nicht leben und sich nicht einrichten, wie ein junger Bankierssohn, selbst dann nicht, wenn er ebenso viel Geld hat. Wenn aber vollends bei Regimenten, deren Offizierskorps der Mehrzahl nach aus unbemittelten Kameraden besteht, Bestrebungen auftauchen nach Erwerbung kostspieliger feinerer Tafelgeräthe, theurer Silber, Goldschmucke u. s. w., so ist das nicht nur nicht zu billigen, sondern es liegt eine große Gefahr darin. Dieser falschen Vornehmthurei, die zum Weisen des Offiziersstandes durchaus nicht paßt und oft die sittliche Tüchtigkeit und moralische Widerstandsfähigkeit unserer jungen Offiziere untergräbt, sind in erster Linie die Offizierskommandeure entgegenzuwirken berufen. Es könnte aber nichts schaden, wenn das Kriegsministerium der allgemeinen Lage der Sache einmal seine Aufmerksamkeit widmen wollte.“

Wie schon bekannt war, hatte die preussische Staatsregierung vor einiger Zeit Erhebungen über die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Abigung der Biersteuern eingeleitet. Das Ergebnis dieser Erhebungen liegt nun vor. Es hat sich danach herausgestellt, daß sowohl die Verbrauchsfrage als auch die Frage, in welcher Weise Abhilfe zu schaffen sei, bei den Beteiligten selbst und bei den zuständigen Behörden in manchen

Punkten eine verschiedene Beurtheilung findet. Neuerdings ist auch die kaiserliche Normalsteuergesetzkommission zu einer Begutachtung der Frage veranlaßt worden. Auf Grund der von dieser Behörde abgegebenen Äußerung unterliegt die Angelegenheit zur Zeit im Reichsamt des Innern der Prüfung, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob nunmehr neue Anträge auf gesetzliche Regelung vorbereitet werden sollen. Bekanntlich hatte die Reichsverwaltung seiner Zeit in dem Gesetzentwurf über die Verzeichnung des Raumgehaltes der Schaumgefäße vorgeschlagen, alle Fässer, also auch die Bierfässer, dem Abzug zwangs zu unterwerfen, der Reichstag aber diesen Vorschlag abgelehnt. Grundsätzlich ist die Reichsverwaltung auch jetzt einer solchen Regelung nicht abgeneigt.

Eine größere Anzahl von Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion des Reichstages, hauptsächlich die neueren Abgeordneten, die den Fürsten Bismarck noch nicht persönlich kennen, beabsichtigen, in nächster Zeit eine Fahrt zu dem alten Reichstanzler zu machen, um ihm ihre Verehrung zu bekunden. Der Fürst hat sich bereit erklärt, die Herren zu empfangen. Die Fahrt nach Friedrichsruhe soll am frühen Morgen des Tages nach Schluß der Reichstagsession stattfinden.

In Folge der Stellenvermehrung in der kaiserlichen Marine sind die Frühjahrsbeförderungen zahlreicher denn je zuvor. Nachdem im Laufe der vorigen Woche drei Korvetten-Kapitäns zu Kapitän zur See befördert sind, sind nunmehr in den Subalternoffiziersstellen folgende Beförderungen durch Kabinettsordre vom 13. d. M. verfügt worden. Es sind befördert: die Kapitän-Vicentenants Dornheimer, Krieg, von Basse, Hartmann, Grolsch, Ehrlich (Alfred) zu Korvetten-Kapitäns; die Vicentenants zur See Schlieper, von Holleben, Riese, Marwebe, Jacobson, Briegele, Kayser, Hecht, Musculus, Wilken, Fuß, Edermann, Zimmermann, Schütz zu Kapitän-Vicentenants; die Unterlieutenants zur See v. Kof, v. Willow, Köfing, Tietz, v. Giebel, Brüllinghaus, v. Gillemeim, Vollerthum, Graßhoff, Schütz, Michelsch, Krantzburger, Ägert (Karl), Heinrich, Fischer (Reinhold), Graf v. Reventlow, Pfundheller, Haber, Rüdnemann, v. Kameke (Friedrich), Frey, Frey, v. d. Goltz (der Sohn des kommandirenden Admirals) zu Vicentenants. Auch in dem Maschinen-Ingenieurkorps sind die Frühjahrsbeförderungen umfangreich. Hier ist zu melden: die Maschinen-Ingenieure Barth und Müller sind zu Maschinen-Überringen, die Maschinen-Unter-Ingenieure Hempel (Karl), Schaar, Witsche, Jacobson sind zu Maschinen-Ingenieuren, die Obermaschinen-Ingenieure, die Obermaschinen-Ingenieure Böckel, Dierwald, Schüller, Pfeiffer, Rogge, Steinrück zu vorläufig überzähligen Maschinen-Unter-Ingenieuren befördert.

Frankfurt a. M., 16. April. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ hat sich in New York ein „General-Reorganisations-Komitee“ gebildet zu dem Zwecke, sämtliche bei der Adaption- und Santa-Fé-Bahn bestehenden Interessen zu vertreten und zu schützen. Das Komitee hat insofern schon seine Tätigkeit begonnen, als es einen Experten mit der Prüfung der Bücher der Gesellschaft betraut hat. Die Ausarbeitung eines zweckmäßigen Reorganisationsplanes soll demnächst erfolgen.

Frier, 16. April. Der Domkapitular Schrod wurde zum Weihbischof der Frierer Diözese ernannt.

Regnitz, 16. April. Wie der „Regnitzer Anzeiger“ erfährt, sind nunmehr, nachdem die bestehenden Reichswaldenhäuser in Lahr, Schwabach und Magdeburg über fundirt sind, Verhandlungen wegen Errichtung eines vierten Reichswaldenhauses in Regnitz im Gange.

Dresden, 15. April. Zur Einzugsfeier des Prinzen Johann Georg mit seiner jungen Gemahlin Prinzessin Isabella von Württemberg fanden in beiden Hoftheatern Festaufführungen statt mit einem gleichzeitigen Prolog, der die neue Verbindung der Königshäuser von Sachsen und Sachsen an die Waffenbrüderschaft beider Stämme im Jahre 1870 knüpfte. Das junge Paar saß zwischen König und Königin. Im Hause waren nur Militär und höhere Beamte zugegen, dabei aber auch viele weibliche Schönheit, die der Prunkvorstellung durch den Glanz der Toiletten Ehre machten. Der Hochzeitsmarfch aus dem „Sommerachtsraum“ eröffnete die Vorstellung nach dem Hoch auf das Paar. Gespielt wurde mit Fräulein Malten und den Herren Scheidemann und Anthes in den Hauptrollen der 4. Akt der „Africana“ unter der Leitung des Hofraths Schrod. Die prachtvolle Dekoration, hergestellt vom Hoftheatermaler Schlegel, und die reichen Kostüme boten ein glänzendes Gesamtbild. Am Schluß erfolgte ein stürmisch aufgenommenes Hoch auf den wiedergeborenen anwesenden König.

## Oesterreich-Ungarn.

Wenn außerhalb Ungarns vielfach die Meinung herrscht, daß den Theilnahmegebungen des Ungarvolkes anlässlich des Todes Rudolphs Kossuth's eine politische Bedeutung beigemessen sei, so wird diese Auffassung doch von Kennern des ungarischen Nationalcharakters und von mitten im politischen Leben des Landes stehenden Persönlichkeiten übereinstimmend als völlig unzutreffend bezeichnet. Die Kundgebungen für Kossuth waren ausschließlich privater Natur und hatten mit politischen Erwägungen irgend welcher Art gar nichts zu schaffen. Man hat in Kossuth weder den Politiker noch den Agitator, sondern nur den hervorragenden geistigen Faktor, einen der größten Männer, den die ungarische Rasse hervorgebracht, der ein Alter von 92 Jahren erreicht und bis in die allerletzten Augenblicke bei seltener Geistesfrische war, feiern wollte. Die Politik blieb dabei ganz aus dem Spiele! Das großeartige Gefolge beim Leichenbegängnis wurde aus dem Kerne des Volkes angehörigen Gesellschaftskreisen gestellt, welche weder demonstrierten noch politisierten, sondern nach Schluß der Bestattungszereimonie in derselben Ordnung, wie sie hinter dem Sarge einhergeschritten waren, den Heimweg einschlugen. Es geht, so kann man in allen Budapestiner Kreisen von politischem Belange versichern hören, kein monarchischer gesinnter, kein dynastischer Volk als die Ungarn, und man thut ihnen Unrecht, wenn man ihnen Tendenzen unterstellt, die ihnen vollkommen fremd sind.

Man kann zugeben — so schreibt das Organ der gemeinsamen Arme, das Wiener „Armeblatt“, in seinem Leitartikel über die jüngsten Vorgänge in Ungarn —, daß Dank der Haltung der ungarischen Regierung, der ungarischen

Behörden, der Budapestiner Parlamentsmajorität und des besonnenen, maßgebenden Theiles der Bevölkerung während der ganzen Bewegung nirgends ein antidynastischer, nirgends ein staatsfeindlicher und nirgends ein militärfreudlicher Zug bemerkbar wurde.“

Das hier genannte militärische Fachblatt weist sich den Vorgängen in Ungarn gegenüber von jeder Befangenheit gewiß gänzlich frei, namentlich bei Anlässen, wo das Ansehen und die Empfindungen der höchsten Stelle in der österreichisch-ungarischen Monarchie im Auge behalten werden müssen. Wenn daher das „Armeblatt“ an den Vorgängen beim Tode und Leichenbegängnisse Kossuths nichts anzusehen findet, so ist das gewiß ein klassisches Zeugnis dafür, daß daran überhaupt nichts anzusehen war. Das wird man insbesondere auch im Auslande zugeben müssen, soweit letzteres sich durch tendenziöse Berichte zu unrichtigen Schlüssen hat verleiten lassen. Der Tod und die Leichenfeier Kossuths hat gewiß die ungarische Nation in tiefer Seele berührt, aber es war doch eben nichts anderes, als eine rein menschliche Epipode. Diese ist nunmehr abgeschlossen, und die politische Entwicklung des Landes geht, dadurch unbeeinträchtigt, ihren ruhigen, friedlichen, normalen Weg weiter.

Peft, 16. April. Das Abgeordnetenhaus setzte die Spezialdebatte über das Ehegesetz fort. Graf Apponyi beantragte strenge Bestimmungen zur Erleichterung der Ehescheidungen und hat, den betreffenden Abschnitt der Vorlage an den Justizausfchuss zurückzuverweisen. Der Justizminister stimmte dem Antrage mit dem Bemerkten zu, daß er die Loyalität der Gegner, die der Vorlage keine überflüssigen Schwierigkeiten bereiten, erwirnen wolle.

## Frankreich.

Paris, 15. April. Am 30. April wird das Hauptquartier der 14. Infanterie-Division, das sich gegenwärtig in Besancon befindet, nach Bel fort verlegt.

Die Handelskammer von Bordeaux hat unter Hinweis darauf, daß die Lage für den französischen Handel in der Schweiz bei dem gegenwärtigen Zollregime untragbar geworden sei, an das Handelsministerium das Ersuchen gerichtet, die Abnahme eines Uebereinkommens mit der Schweiz zu veranlassen.

Paris, 16. April. Der Minister für Landwirtschaft hat angeordnet, daß alle ausländischen Hammel, welche zu einem Transporte gehören, bei dem ein oder mehrere Fälle von Maulwunden festgestellt worden sind, unverzüglich im Sanatorium von La Bielle getödtet werden. Gleichzeitig empfiehlt der Minister, ausländische Hammel nach einem Aufenthalte von längstens 24 Stunden im Sanatorium zu schlachten.

Der heute an die Parlamentenmitglieder vertheilte Budgetentwurf pro 1895 veranschlagt die Einnahmen auf 3 424 407 000 Franken, die Ausgaben auf 3 423 893 000 Franken, so daß sich ein Ueberschuß von etwa einer halben Million ergibt. Das ursprünglich vorgesehene Defizit von 140 Millionen ist durch das Ergebnis der letzten Revision, durch die Erhöhung der Einnahmen aus den indirekten und den direkten Steuern, darunter aus der neuen Dienstbotensteuer etwa 15 Millionen, und durch die Reduktion der Bahn-Zinsgarantie von 135 auf 79 Millionen beseitigt. Die Ausgaben für das Heer und die Marine betragen 926 Millionen Franken.

## Italien.

Rom, 16. April. In der heutigen Sitzung der Kammerkommission, welche die Regierungsvorlage über die außerordentlichen Vollmachten zu prüfen hat, erklärte der Ministerpräsident Crispi dem Vernehmen nach, die Kammer solle zuerst den Staatsvoranschlag, sodann die Finanzvorschlüge und schließlich die außerordentlichen Vollmachten beraten. Mit Bezug auf letztere Vorlage soll der Ministerpräsident erklärt haben, er beabsichtige weder die kommunalen noch die provincialen Wahlfreie abzuändern, er werde sich niemals anmaßen, die Steuern abzuändern oder neue eigenmächtig aufzuerlegen, an den in Rechtskraft befindlichen Gesetzen zu rühren oder das geltende Wahlrecht anzufassen. Das Ziel der verlangten außerordentlichen Vollmachten sei eine Vereinfachung der verschiedenen Verwaltungswege und dadurch eine Verminderung der Ausgaben. Die auf Grund der Regierungsvorlage zu ernennende Kommission soll dem Minister beim Studium und der Ausführung der nothwendigen Reformen unterstützen, habe jedoch nur eine konsultative Bedeutung ohne maßgebendes Stimmrecht. Die Blätter folgen diesen Erklärungen hinzu, Crispi habe sich genügt einen Vorschlag anzunehmen, durch welchen eine Reform der Steuern und Ausgaben von den auf Grund der außerordentlichen Vollmachten vorzunehmenden Reformen ausdrücklich ausgeschlossen würde. Betreffend den Anschluß von Reformen auf dem Gebiete des Zivilrechts oder gewisser politischer Rechte habe sich der Ministerpräsident weitere Prüfungen vorbehalten. Endlich habe Crispi erklärt, diejenigen seien im Irrthum, die ihm den Wunsch oder die Absicht einer Kammerauflösung zuschreiben. Ganz im Gegenteil wünsche er selbst einen Weg zu vermeiden, der für Alle voll von Schwierigkeiten sei.

Rom, 16. April. Deputirtenkammer. Am Schluß der heutigen Sitzung verlangten Luigi Rossi und Cavallotti, daß die Verhandlung über die Finanzmaßregeln nach dem Budget der öffentlichen Arbeiten, über das bereits beraten wird, auf die Tagesordnung gesetzt werde. Ministerpräsident Crispi erklärte unter der Aufmerksamkeit des Hauses, alle Budgets müßten vor jeder anderen Frage den Vorrang haben. Die Beratung der Budgets wäre die einzige Gelegenheit, über die von der Rängehörer-Kommission vorgeschlagene Ersparnis am Militär-Etat von im Ganzen 20 Millionen zu verhandeln. Wenn gelegentlich des Militär-Etats das Haus diese Verirrung — die Ersparnis von zwanzig Millionen — für möglich halten sollte, würde die Regierung wissen, was sie zu thun habe. (Lang anhaltende lebhafter Bewegung.) Crispi fügte hinzu, es wäre unmöglich, nur einen Teil der Finanzmaßregeln zu beraten. Er würde nicht erlauben, daß die Finanzmaßregeln vor den Budgets beraten würden, und sich jedem abweichenden Vorschlage widersetzen. Er hoffe, die Kammer würde die Regierung nicht zwingen, zu anderen Mitteln zu greifen. (Lange Bewegung.) Finanzminister Comino erklärte, die Kommission hätte ihren Bericht theilen wollen und damit keinen Beweis von Patriotismus gegeben, außerdem ihre Vollmachten überschritten. Er

würde nicht einen Augenblick länger auf seinem Posten bleiben, wenn die Kammer die Finanzmaßregeln zertheilen sollte. — Luigi Rossi bestand nicht auf seinem Vorschlage. Unter lebhafter Bewegung wurde die Sitzung aufgehoben.

Rom, 16. April. Der „Opinione“ zufolge kam es gestern bei dem Empfang der spanischen Pilger durch den Papst in der Peterskirche zu bedauerlichen Szenen. Die Spanier schrien aus Leibeshäften: „Hoch der Papst! Hoch der Papst!“ dies rief seitens der zahlreich erschienenen Römer lebhaft Gegen demonstrationen hervor. Bisat- und Veratrufte lösten wild durch einander. Man schrie, tobte und schrie — kurz, es war ein Heidenlärm, der zur religiösen Funktion wenig stimmte. Beim Verlassen der Kirche suchten die Spanier auch auf dem Petersplatz eine Demonstration zu inscenieren, wurden jedoch durch die Anwesenheit des Militärs eines Besseren belehrt.

Rom, 16. April. Die Ursache des Todes des Grafen Schach ist Herabsturz. Die Leiche wird morgen oder übermorgen durch den Sekretär und den Diener des Grafen nach dessen Stammgut in Neckenburg übergeführt werden.

Venedig, 16. April. Ihre Majestät die Kaiserin Auguste Viktoria ist um 3 Uhr Nachmittags im Hafen von S. Marco eingetroffen.

## Großbritannien und Irland.

London, 16. April. Unterhaus. Der Kanzler der Schatzkammer, Harcourt, erklärt bei Vorlegung des Budgets, daß trotz der schlechten Handelsverhältnisse des Vorjahres die Lage der Finanzen nicht so ungünstig ist, wie man dies hätte erwarten dürfen. Die Art, wie England den Sturm bestanden, sei eine praktische Warnung gegen die schützöllnerischen Rathschläge und die Rathschläge betreffend die Währung. Der Kanzler veranschlagt die Ausgaben auf 95½ Millionen, die Einnahmen auf 91 Millionen und somit das Defizit auf 4½ Millionen Pfd. Sterling. Das Budget suspendirt den Tilgungsfond betreffs der neuen aus dem Reichsobersteuergesetz entstandenen Schulden. Hierüber, sowie durch erhöhte Einnahme aus den Suglandaktien wird das Defizit auf 2 400 000 Pfd. Sterl. rebuirt. Zur Deckung wird eine weitgehende Reform der Erbschaftsteuern, welche, steigend von 1 bis 8 Prozent, gleichmäßig allem beweglichen und unbeweglichen Gute bei Todesfällen auferlegen ist, aber für kleine Verlassenschaften Nachlässe bewilligt, vorgeschlagen. Diese Reform werde später eine jährliche Mehreinnahme von 3½ bis 4 Millionen Pfd. Sterl., in diesem Jahr nur von einer Million, bringen. Die Steigerung schlägt eine Erhöhung der Einkommensteuer von 7 auf 8 Pence pro Pfund Sterling vor, gewährt aber Entlaste auf Häuser und Land, sowie bei einem Jahreseinkommen bis zu 400 Pfund Sterling, erhöht den steuerfreien Betrag von 120 auf 160 Pfund und führt bei einem Jahreseinkommen bis zu 500 Pfund einen steuerfreien Betrag von 100 Pfund ein. Des Weiteren schlägt die Regierung die bereits gemeldete Erhöhung der Bier- und Spiritussteuer vor. Das Endresultat des Voranschlags ist ein Ueberschuß von 290 000 Pfund Sterling. Gofgen bezeichnet das Budget als das aufschärfste, das seit langer Zeit eingebracht worden sei.

London, 16. April. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Montevideo gemeldet: Die Berichte über den Aufenthalt Mellos widersprechen sich. Es scheint, daß Mello nicht selbst an der Küste von Uruguay landete, sondern den General Salgado mit 400 unbewaffneten Leuten sandte, welche sich den Behörden von Uruguay ergaben. Die „Repubblica“, auf welcher die Anführer angekommen waren, verließ darauf auf Befehl der Behörden von Uruguay die Küste, segelte nach Rio Grande und landete dort Truppen, welche von Pelroto nach den Booten zurückgefahren wurden.

## Rußland.

Petersburg, 16. April. Der Minister des Innern hat das Erscheinen der Zeitung „Zug“ (Süden) auf 8 Monate inhibirt.

Das Ministerium der Verkehrswege plant, wie verlautet, die Herstellung einer direkten Wasser-Verbindung zwischen Cherson und Riga. Die Kosten für die Ausführung dieses Projektes sind auf 30 Millionen Rubel veranschlagt.

Das Projekt einer Kanalarabahn ist auf zwei Jahre zurückgestellt worden.

## Serbien.

Belgrad, 16. April. Bei dem gestrigen Diner zu Ehren des neuen Kabinetts, an welchem die bisherigen Minister Simitch und Mitjatowitsch theilnahmen, brachte der König einen Trinkspruch auf das neue Kabinet aus, in welchem er dasselbe seines Vertrauens versicherte und die Erwartung aussprach, das Kabinet werde mit Energie und Ausdauer sein Ziel verfolgen. Gleichzeitig dankte der König den anwesenden bisherigen Ministern für die Bereitwilligkeit, mit welcher dieselben in einem schwierigen Momente seinem Rufe gefolgt seien.

## Afrika.

Einem der „Post“ zur Verfügung gestellten Berichte des Stationschefs von Newib, Vicentenants d. L. Fritz Langhele, d. d. 31. Dezember v. J., entnehmen wir, daß die Bauten und Anlagen der Station sich in gedächlicher Entwicklung befinden. Am 3. Dezember hatte ein großes Schauri mit dem Sultan Aufzuge und sämtlichen näher wohnenden Wanangua und Waniampara über einen nach dem Kanal zwischen Festland und Ufersee und der Station anzulegenden Weg stattgefunden. Es gelang ihm, die Leute unter Hinweis, daß ihr Sultan dann einen ebenso wichtigen Weg, wie die Europäer ihn zum Strande führten, befähigt, zu bewegen, sich der Sache mit regem Eifer anzunehmen, und bereits am Montag, dem 4. Dezember, Vormittags 10 Uhr, waren die ersten 300 Meter gerader Weg mitten durch Steinergell abgesteckt. Dank dem bis jetzt noch nicht erlauteten Interesse und dadurch, daß ein Wanangua nach Fertigstellung seines Stückes von dem anderen mit frischen Leuten abgelöst wird, ist es gelungen, bis zum 24. Dezember 1893, also in 3 Wochen den Weg 2400 Meter, beinahe ½ Meile, lang in einer Breite von 7 Metern mit feinem Untergrund und unter Hingewandung jedes Hindernisses fortzuführen. Gearbeitet wurde dabei ohne jede Pausen von 60-80 Mann bei einer Arbeitszeit von 6-7 Stunden. Am 8. Dezember trofen mit dem „Fürst Riech“ Steuermann Baute



